



„Ich fühle mich pudelwohl auf der Stelle“, sagt Junglehrerin Marianne Markwardt, aber eine Arbeitszeit von 55 oder 60 Stunden pro Woche müsse angemessen bezahlt werden

Foto: MM

## Das Gesicht zur Klage

**Exklusiv** Eine junge Beamtin zieht gegen die grün-rote Landesregierung vor Gericht wegen abgesenkter Eingangsbesoldung

Es wird ernst. Monatlang hatte der Beamtenbund der Landesregierung mit einer Klage gegen ihre Sparbeschlüsse gedroht. Nun gehen drei junge Beamte den Schritt, darunter eine Lehrerin aus Donaueschingen.

VON FRANK KRAUSE

STUTTGART. Als Marianne Markwardt noch ein kleines Mädchen war und wie alle Kinder nach ihrem Traumberuf gefragt wurde, da sagte sie nicht Kindergärtnerin, auch nicht Krankenschwester. Die Antwort lautete Polizistin oder Lehrerin. Aber wie das so ist, erst mal war die Schule wichtig, die Freundinnen, die Jugendzeit. Nicht der Beruf. Doch ihre Berufswünsche behielt sie. Nur, was nun machen? Die Wahl fiel auf Lehrerin, zumal ihre Mutter das die bessere Entscheidung fand. „Kind“, sagte die Frau Mama eines Tages vorausschauend, „als Lehrerin hast du eines Tages viel bessere Möglichkeiten, Beruf und Familie miteinander zu verbinden.“ Also studierte die junge Frau aus Donaueschingen in Freiburg die Fächer Deutsch, Religion und Geschichte, machte ihr Referendariat an der Realschule Donaueschingen, lernte den harten Alltag im Schulbetrieb kennen, spürte, wie nett, aber auch anstrengend Schüler sein können.

Plötzlich, als die 28-Jährige mit ihrem Mann einige Monate durch die USA reiste, kamen ihr Zweifel an dem Beruf. „Ich habe mir damals überlegt, ob dieser Schulalltag mit allen seinen Herausforderungen wirklich das Richtige für mich ist“, zumal die Bezahlung schon damals nicht berauschend war. Und so traf sie eine unerwartete Entscheidung: Marianne Markwardt kehrte zurück, wechselte den Job, begann mit einer Ausbildung bei der Polizei. Allein, nach zwei Monaten machte sie kehrt: „Ich habe gemerkt, dass es mich zu den Kindern zieht. Ich wollte zurück zur Schule.“

Kultusminister Andreas Stoch (SPD) wird das gerne hören. Es ist eine Geschichte, wie sie nicht alle Tage im baden-württembergischen Schulwesen vorkommt, wo Lehrer heute und in den nächsten Jahren mehr denn je benötigt werden, allein schon um den Bedarf bei der Unterrichtung von Flüchtlingskindern abzudecken. Markwardt ging zum

### Hintergrund

#### Grün-Rot und die Beamten – ein schwieriges Verhältnis

- **Auftakt:** Kurz vor der Landtagswahl 2011 schien das Verhältnis zu Grünen und SPD noch bestens, der Beamtenbund jedenfalls warb offensiv für den Regierungswechsel. Doch die Liebe erkaltete schnell.
- **Empfang:** Im März 2012, nur gut ein Jahr nach der Wahl, empfingen die Staatsdiener den Ministerpräsidenten zu einer Kundgebung in Stuttgart und machen ihm den Auftritt zur Hölle. „So nicht“, skandieren sie und blasen in ihre Vuvuzelas, als der Regierungschef die ersten Sparrunden verteidigt.
- **Sparbeschluss I:** Der Beamtenbund dringt zu Beginn der Legislaturperiode darauf, dass es – wie zu Zeiten von CDU-Regierungen – einen Vertrag mit der Regierung geben soll, um frühzeitig Sparschritte, aber auch Wohltaten für die 240 000 Beamten im Land festzulegen. Die SPD will das auch, aber die Grünen lehnen es ab. Im September 2014 versucht es die SPD erneut, da aber sitzt der Frust über viele Sparopfer – darunter Kürzungen bei der Beihilfe – bei den Beamten so tief, dass sie einen solchen Vertrag ablehnen

Schulamt, sagte „Hier bin ich wieder“ und bekam eine Krankheitsvertretung an einer Grund- und Werkrealschule. „Ich habe voll gearbeitet und Fächer geben müssen, die ich gar nicht studiert hatte, zum Beispiel Mathe und Englisch.“

Jetzt also spürte sie, was Lehrermangel an den Schulen heißt. Was sie überhaupt nicht nachvollziehen konnte: In den Ferien wurde sie in die Arbeitslosigkeit geschickt und musste akzeptieren, dass das Land wirklich an allen Ecken und Enden spart. Danach war sie wieder willkommen. Ein merkwürdiges Wechselspiel. Aber sie gab nicht auf. „Das war eine sehr spannende Zeit“, sagt sie im Rückblick. Tagsüber sei sie an der Schule gewesen, abends habe sie den Unterricht vorbereitet. Zwischendurch führte sie Elterngespräche, traf sich mit schwierigen Schülern zum vertraulichen Austausch unter vier Augen. „Ich habe gemerkt, dass es

und als Trick im Vorwahlkampf einordnen.

- **Sparbeschluss II:** Trotz heftiger Proteste trifft die Koalition 2013 den nächsten Sparbeschluss: Das Eingangsgehalt von Jungbeamten ab Gehaltsklasse A 9 wird für drei Jahre im höheren und gehobenen Dienst um bis zu acht Prozent abgesenkt. Im Durchschnitt heißt das ein Monatsgehalt pro Jahr weniger im Geldbeutel. Betroffen sind laut Beamtenbund 20 000 Jungbeamte im Land.
- **Weitere Sparbeschlüsse** der Regierung sind Einschnitte bei der Beihilfe sowie die Streichung der Altersermäßigung für Lehrer.
- **Proteste:** Im Juli dieses Jahres beschließt die Koalition von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), die Tarifierhöhung aus dem öffentlichen Dienst von 2,1 Prozent (2015) und 2,3 Prozent (2016) auf die Beamten zu übertragen, aber erneut mit zeitlicher Verzögerung. Das ruft neuen Protest hervor.
- **Flüchtlingskrise:** Sie bringt Grün-Rot an die Kapazitätsgrenzen. Die Regierung will des-

unfair ist, Lehrern vorzuwerfen, sie seien faul.“ Wer den Beruf richtig und mit Leidenschaft ausübe, der brauche „Kraft, Geduld und Leidenschaft im Umgang mit jungen Menschen“.

Doch je länger sie den Job machte, je öfter sie auch abends über Klassenarbeiten saß oder die nächsten Unterrichtsstunden vorbereitete, desto größer wurde ihr Frust über die Bezahlung. „Ich war damals als Arbeitnehmer angestellt und habe wirklich nicht gut verdient, obwohl ich voll gearbeitet habe.“ Sie fing an, sich in der Lehrergewerkschaft VBE zu engagieren, wurde Ansprechpartnerin für junge Lehrer im Bezirk Rottweil/Villingen-Schwenningen. Marianne Markwardt, eine Art Kummerkasten für enttäuschte Kollegen.

Nur, das ganze Engagement änderte nichts daran, dass sie sich unterbezahlt fühlte. Als sie schließlich für die Fächer Deutsch,

Religion und Geschichte an die Realschule nach Immendingen wechseln konnte und dort den Status der Beamtin erhielt, mochte die junge Frau nicht länger zuschauen. „Ich fühle mich pudelwohl auf dieser Stelle. Aber ich arbeite oftmals 55 oder 60 Stunden in der Woche. Da kann es doch nicht sein, dass ich als Junglehrerin acht Prozent weniger Gehalt bekomme.“

- **Reform:** Im November ändert Grün-Rot das Beamtengesetz. Staatsdiener können, wenn sie wollen, nun bis 70 arbeiten.
- **Ankündigung:** Im selben Monat kündigt der Beamtenbund nach einem Beschluss des Bundes- und Landesverbands eine Klage beim Verfassungsgericht gegen die abgesenkte Eingangsbesoldung an. Notfalls will man bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.
- **Zwist:** Anfang Dezember verabschiedet die SPD ihr Programm zur Landtagswahl. Ein zentraler Punkt: In der neuen Legislaturperiode soll die Senkung der Eingangsbesoldung wieder rückgängig gemacht werden. Der Schritt ist ein offener Widerspruch zur Haltung der Grünen. (fk)

Genau das ist der Beschluss, den die grün-rote Landesregierung 2013 getroffen hatte, um bei den Personalkosten im Beamtenbereich zu sparen. Seither müssen junge Beamte, egal wo sie in der Landesvertretung eingesetzt sind, die ersten drei Berufsjahre diesen Gehaltsverzicht hinnehmen. Im Fall von Marianne Markwardt ist das aufs Jahr gesehen etwa ein Monatsgehalt – rund 3400 Euro brutto. Die Koalition spart mit diesem Kurs bei den jungen Staatsdienern jährlich rund 25 Millionen Euro. Ein Vorgehen, das der Be-

amtenbund immer wieder kritisiert hatte. Fast gebetsmühlenhaft hatte Landeschef Volker Stich vor dieser Linie gewarnt, hatte prophezeit, dass es der öffentliche Dienst dadurch noch schwerer haben werde, junge Leute zu bekommen, weil die lieber in die freie Wirtschaft gehen, wo deutlich besser bezahlt wird. „Das Land verspielt seine Zukunft“, lautete die Botschaft von Stich immer wieder.

#### Beamtenbund hat oft gewarnt: Ohne gute Bezahlung gehen junge Leute lieber in die freie Wirtschaft als zum Staat

Und so entschied der Beamtenbund auf Bundes- wie auf Landesebene bekanntlich Anfang November, gegen diesen Sparbeschluss vor das Verwaltungsgericht und notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Marianne Markwardt wird das Gesicht dieser Klage werden – zusammen mit einem Berufsschullehrer und einem Ingenieur aus der technischen Verwaltung. „Man kann nicht immer nur schimpfen, sondern muss auch mal was machen“, begründet sie ihre Bereitschaft, stellvertretend für viele Kollegen vors Gericht zu ziehen.

Natürlich sei es „ein komisches Gefühl, gegen den eigenen Arbeitgeber zu klagen“, räumt sie ein. Aber es gelte, ein Zeichen zu setzen in Richtung Politik. „Erstens muss das Beamtenum Konkurrenzfähig bleiben im Werben um Arbeitskräfte. Zweitens braucht der Beruf des Lehrers endlich wieder eine größere Wertschätzung in der Gesellschaft.“ Der Arbeitsaufwand habe in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen. Größere Klassen, deutsche Kinder genauso wie Kinder mit Migrationshintergrund, dazu das Thema Inklusion: der Alltag im Unterricht sei wahrlich nicht leicht, betont sie. „Und wie oft müssen wir der Ersatz für ein nicht funktionierendes Elternhaus sein.“ Ja, sagt Markwardt, sie mache ihren Beruf „unglaublich gerne“. Aber sich ausbeuten lassen, das will sie nicht. „Wir werden auch ohne die acht Prozent satt“, sagt sie über die Abstriche beim Geld und den heimischen Haushalt, zumal ihr Mann als Polizist auch ein Gehalt mitbringt. „Aber hier geht es ums Prinzip.“